



Armutsrisiko Energiekosten

Ausgrenzung statt gesellschaftliche Teilhabe



von Ute Abraham
Geschäftsführerin der Ratsfraktion
DIE LINKE

VerbraucherInnen müssen für die Zahlung ihres Stromverbrauchs tief in die Tasche greifen. Der durchschnittliche Preis für eine Kilowattstunde Strom ist seit 2001 von 14,13 Cent auf über 28 Cent gestiegen (Stand: Januar 2013). Er hat sich also fast verdoppelt. Steigende Energiepreise bei sinkenden Haushaltseinkommen werden zunehmend zum Problem. Nach Berechnungen der Verbraucherzentrale NRW sind inzwischen rund 20 Prozent der Bevölkerung gezwungen, mehr als 13 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Energiekosten aufwenden. Sie sind von Energiearmut bedroht. Da heißt es nur zu oft: kochen oder heizen.

In Nordrhein-Westfalen wurden nach Angaben der Energieversorger ca. 120.000 Stromsperrungen verhängt, weil die Rechnungen nicht bezahlt werden konnten. Im Jahr 2011 führten in Duisburg 6.546 Haushalte ein Leben ohne Licht, warmes Wasser, ohne

Elektroherd und Kühlschrank und evtl. auch ohne Heizung, wenn diese über Strom gezündet wird. Betroffen sind in erster Linie Haushalte in Hartz-IV-Bezug (40 %), geringverdienende Alleinerziehende (40 %) sowie Rentner und Rentnerinnen.

Stromsperrungen und Stromtrennungen sind kein neues Phänomen, auch in Duisburg: 2011 gab es 6.546 Stromsperrungen (Öffnungen: 6.155, Differenz: 391), 1.217 Gassperrungen (Öffnungen: 1.126, Differenz: 91). Eine Stromsperrung in Saarbrücken-Burbach hatte fatale Folgen. Hier starben vier Kinder bei einem Brand, der vermutlich von einer Kerze verursacht wurde.

Hartz-IV-Empfänger stecken in einer Klemme, weil für die veranschlagten 1500 Kilowattstunde nur 30 Euro monatlich im Regelsatz für einen Einzelpersonen-Haushalt vorgesehen sind, der Strom aber im Durchschnitt 37 Euro kostet. Wer das warme Wasser mit Strom erzeugt, muss nochmals mit rund 24 Euro rechnen. Es fehlen also 7–30 Euro pro Monat.

Bisher angebotene Maßnahmen lösen das Problem nicht. Bei ent-



standenen Stromschulden kann zum Beispiel ein Antrag auf Übernahme gestellt werden. Als Kann-Leistung wird die Behörde wahrscheinlich ein Darlehen gewähren, das dann allerdings in Raten von den folgenden Regelsatz-Zahlungen wieder abgezogen wird. Bei steigenden Energiepreisen können so Viele in noch größere Nöte geraten. Der Einsatz von Energiesparhilfen ist sicher in dem einen oder anderem Fall eine wertvolle Hilfe. Der Energieverbrauch konnte jedoch nach den ersten Untersuchungen nur gering gesenkt werden. Menschen mit geringem Einkommen sind eben

nicht die großen Energieverschwender. Allenfalls sind es die veralteten Geräte, für deren Neuanschaffung das Geld fehlt.

Inzwischen vergeht zwar keine Woche mit neuen Vorschlägen und Studien, wie die steigenden Preise gebremst werden könnten. Ursache dafür ist jedoch am allerwenigsten die soziale Situation der Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen. Die Botschaft ist klar: Die schwarzgelbe Bundesregierung bläst zur Jagd auf die Energiewende.

Auf kommunaler Ebene lässt sich das Problem der Energiearmut dank der Liberalisierung des Energiemarktes nicht mehr regeln.

Die Linksfraktion im Bundestag fordert daher, Stromsperrungen aufgrund von Zahlungsunfähigkeit zu verbieten, Abwrackprämien für veraltete Energiefresser einzuführen, eine bundeseinheitliche, staatliche Strompreisaufsicht einzuführen, um den Marktmachtmissbrauch der Energieversorger zu stoppen und diese zu verpflichten, ein Sockeltarifmodell einzuführen, das sozial gerecht ist und ökologische Anreize schafft.

Es bleibt viel zu tun

Linke Ratsfraktion erstellt Broschüre zur EU-Neuzuwanderung



von Martina Ammann
Ratsfrau DIE LINKE, Duisburg

Zu Beginn des Jahres 2013 lebten nach Angaben der Duisburger Stadtverwaltung über 6.200 Menschen aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien in unserer Stadt. Unsere Ratsfraktion hat den Sachstandsbericht der Stadtverwaltung zum Handlungskonzept kritisch bewertet und in den Fachausschüssen Anträge und Anfragen gestellt. Zusammenfassend erschien nun eine erste Bilanz und Auswertung der Situation der NeuzuwandererInnen und der Stadt in Form einer Broschüre. Unser Ziel war es, einerseits auf die gravierenden Missstände im Umgang mit Menschen, die sich aus Armut und Diskriminierung auf den Weg nach Duisburg gemacht haben, aufmerksam zu machen, andererseits auch den dringenden Handlungsbedarf in den unterschiedlichen Bereichen wie Bildung, Gesundheit

etc. aufzuzeigen. Positiv ist zu vermerken, dass sich nun auch der Deutsche Städtetag mit dem Thema beschäftigt und auf die dramatische Lage in den Kommunen hinweist. Der Duisburger Bürgermeister Erkan Kocalar (DIE LINKE) hat im Präsidium des Städtetages immer wieder auf die dringend benötigte Hilfe von Bund, Land und EU für die Kommunen gedrängt. Nun liegt endlich ein Positionspapier vor, in dem schnelle und unbürokratische Hilfen für die Kommunen gefordert werden – dazu gehören:

- Erstattung der aus der verfehlten Erweiterungspolitik des Bundes und der EU entstehenden Soziallasten
- Unterstützung kurzfristiger Sozialhilfen
- Absicherung des Krankenversicherungsschutzes
- Absicherung sonstiger Nothilfen
- Kurzfristige Aufstockung der Eingliederungsmittel für Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt und im Programm »Soziale Stadt«



Neuzuwanderung

Integration und Gleichstellung statt
Ausgrenzung und Rassismus

DIE LINKE.
Ratsfraktion Duisburg

Die Broschüre ist in der
Geschäftsstelle der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg,
Gravelottestr. 28, kostenlos
erhältlich.

Den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen ist zwar gut, reicht jedoch

nicht. In der letzten Ratssitzung wurden daher für Integrationsprojekte eine Millionen Euro zusätzlich beschlossen. Der Betrag soll für akute und dringend benötigte Sofortmaßnahmen eingesetzt werden. Dem Beschluss über diese sog. freiwillige Maßnahme – trotz Finanznot – kommt eine enorme Bedeutung zu. Einerseits können hohe Folgekosten verringert, andererseits auch soziale Spannungen in der Stadtgesellschaft vermieden werden.

DIE LINKE in der Bezirksvertretung Mitte hat sich auch für die Einrichtung einer Beratungsstelle für Sexarbeiterinnen stark gemacht.

Anlass waren zahlreiche Gespräche mit SozialarbeiterInnen, die langjährige Erfahrungen und Kontakte vor Ort in der Prostituiertenberatung haben. Fehlende Kontakte zu beratenden SozialarbeiterInnen und Beratungsstellen führen zu einer Schutzlosigkeit der Frauen und einer massiven Gesundheitsgefährdung für die Prostituierten und deren Kunden.

Land übernimmt Bundesanteil am Duisburger Hafen

■ Die Auseinandersetzung um den geplanten Verkauf des Bundesdrittels an der Duisburger Hafen AG (Hafag) hat ein positives Ende gefunden. Das Land NRW wird die Bundesanteile übernehmen. Die Linksfraktion hat sich seit Jahren dafür eingesetzt, dass der Duisburger Hafen in öffentlicher Hand bleibt. Immerhin hat der Duisburger Hafen eine Schlüsselfunktion in der lokalen und regionalen Wirtschaft. Seit Beginn der neunziger Jahre sind mit dem öffentlichen Unternehmen Infrastrukturleistungen von regional- und gesamtwirtschaftlicher Bedeutung erbracht worden, die kein privates Unternehmen hätte erbringen können und wollen. Zu nennen wäre die aufwändige Sanierung der Areale für die Hafag-Projekte Logport Rheinhausen und Logport II in Wanheim. Eine Veräußerung von Hafenteilen an private Anteilseigner wäre für die Stadt Duisburg und die Beschäftigten mit unkalkulierbaren Risiken und Nachteilen verbunden gewesen. Die einzig rationale Entscheidung – öffentlich vor privat – macht es nun auch möglich, die Anteile der umweltfreundlichen Verkehrsträger wie Schiff und Bahn nachhaltig zu verändern.

Recht auf Wasser

■ In der Ratssitzung am 18.3.13 wurde mehrheitlich der Antrag der rot-rot-grünen Kooperation »Wasser ist Menschenrecht – Wasserversorgung und Abwasserreinigung gehören in die öffentliche Hand« beschlossen. Damit hat sich der Rat gegen die Planungen der Europäischen Kommission ausgesprochen, das öffentliche Vergabewesen für den Bereich der Wasserversorgung und Abwasserreinigung in die Liberalisierungsagenda aufzunehmen. Stattdessen soll die sanitäre Grundversorgung für alle Menschen in Europa garantiert werden. Der Rat unterstützt deshalb die Europäische Bürgerinitiative, die sich gegen den Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission richtet und bei einer Million Unterschriften aus mindestens 7 Mitgliedsstaaten die Kommission aufgefordert ist, einen Rechtsakt im Sinne der Bürgerinitiative vorzuschlagen. **Schließen Sie sich dem Rat der Stadt an, und unterschreiben Sie:**

www.right2water.eu



Foto: /howard county library system

Kinder brauchen gute Kitas – Eltern auch!

von **Martina Ammann**

■ Mitte März informierte die örtliche Presse, dass gegen die Vorsitzende des Vereins »Im Nimmerland« die Staatsanwaltschaft und die Steuerfahndung aufgrund von »Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Bezahlung von Tagesmüttern« ermitteln würden. Nach Angaben der Presse erhielten die Frauen ein monatliches Brutto-Honorar zwischen 2.000 und 5.000 Euro monatlich, behalten durften sie jedoch nur 1.000 Euro.

Zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses hat die Linksfraktion die Verwaltung aufgefordert, einen umfassenden Bericht über den Verein Nimmerland vorzulegen. Weiterhin fordert die Ratsfraktion einen zügigen Ausbau von Kindertagesstätten.

In Duisburg werden in Kürze die neuesten Zahlen zum Stand des U-3-Ausbaus in Duisburg vorgelegt. Schon jetzt wird deutlich, dass das Land NRW die Kommunen nicht ausreichend ausstattet, um dem Bedarf der Familien an Kita-Plätzen gerecht zu werden. Rund vier Monate vor Inkrafttreten des Rechtsanspruches auf einen Tagesbetreuungsplatz für Unter-Dreijährige verbreitet Familienministerin Ute Schäfer neueste Daten zum U3-Ausbau. Demnach meldeten die Jugendämter für das im August zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Rechtsanspruches exakt beginnende Kitajahr 144.883 Betreuungsplätze an, womit das Ausbauziel der Landesregierung von 144.000 Plätzen sogar leicht überschritten wird.

Angesichts der Nöte von Eltern auf der Suche nach einem U3-Platz und

den sich verschlechternden Bedingungen in Kitas vor Ort hält Carolin Butterwege, kinderpolitische Sprecherin der LINKEN NRW, diesen Optimismus der Familienministerin für Schönfärberei.

»Die Erfolgsbilanz von Rot-Grün steht auf tönernen Füßen. Viele finanzschwache Städte und Gemeinden warnen nach wie vor davor, die selbst gesteckten Ausbauziele nicht erreichen und die Platznachfrage nicht befriedigen zu können. Die Angst vor Klagen ist groß, die Wartelisten für Kitaplätze lang. Um schnell und viele Plätze zu schaffen, nimmt man vielerorts Qualitätseinbußen und Abstriche bei Standards wie der Außenfläche pro Kind hin. Größere Gruppen in Kitas und in der Tagespflege, Platz-Sharing-Modelle, bauliche Provisorien und die Umwandlung von Plätzen für Über-Dreijährige in solche für Unter-Dreijährige sind Ausdruck dessen. Allein über die Folgen, überforderte Kinder und überlastete Erzieher/innen, spricht kaum jemand.«

Fest eingeplant sind auch in Duisburg bereits Tagesmütter und -väter, um dem Rechtsanspruch aller Kinder zwischen ein und drei Jahren gerecht zu werden. Dabei geht der Trend in Großtagespflege, einer Kita-light-Variante, die weder den Kindern noch den Betreuungspersonen gerecht wird. »Die Tätigkeit der Kinderbetreuung wird dequalifiziert, die Arbeitsverhältnisse prekariert.«

Familien brauchen gute und zuverlässige Betreuung und Förderung ihrer Kinder. Als eines der Kita-Schlusslichter in Europa sollte nun auch bei uns erkannt werden, welche wichtige Rolle die frühkindliche Förde-

rung einnimmt und welche Bedeutung eine qualifizierte Kinderbetreuung für Familien und deren Berufstätigkeit hat. Mit dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab August d. J. wurde auch verstärkt auf den Einsatz von Tagesmüttern und -väter gesetzt. Die Kindertagespflege wird dabei als gleichwertige Alternative zu den Krippenplätzen bewertet. 30 Prozent der Betreuungsplätze sollten nach der Vorstellung der Bundesregierung dort entstehen. Das deutsche Jugendinstitut hat den Ausbau der Kindertagespflege untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass die Realität weit davon entfernt ist.

Kritisch betrachtet wird auch die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse insbesondere in der Großtagespflege. Tagespflegepersonen brauchen ein Arbeitsverhältnis, ein geregeltes Einkommen, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall und während der Urlaubszeit und auch regelmäßige Arbeitszeiten. In Zusammenarbeit mit pädagogischen Fachkräften könnten Sie die Kindertagesstätten bereichern.

Impressum

Herausgeberin
DIE LINKE Ratsfraktion Duisburg,
Gravelotestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon: 0203 / 9 30 86 93
Fax: 0203 / 9 30 86 94
buero@linksfraktion-duisburg.de

V.i.S.d.P.: Thomas Keuer, Mitglied des Fraktionsvorstandes (Anschrift wie Herausgeberin)

Auflage
25.000

Satz
Mediendepot Ruhr, Duisburg

Druck
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin

Integration als Querschnittsaufgabe

Duisburg bekommt ein Kommunales Integrationszentrum



von Erkan Kocalar
Bürgermeister und für DIE LINKE
Mitglied im Personal- und Verwaltungsausschuss

■ Das neue Teilhabe- und Integrationsgesetz sieht vor, mit Landesmitteln Kommunale Integrationszentren (KIZ) zu errichten. Als zentrale kommunale Organisationseinheiten sollen sie Querschnittsaufgaben in Verwaltung und Stadtgesellschaft wahrnehmen.

In Duisburg besteht schon seit 2007 eine ähnliche kommunale Integrationsstruktur: das Referat für Integration im Dezernat des Oberbürgermeisters. Hier wird der integrationspolitische Prozess in Duisburg strategisch konzipiert und koordiniert, seine Umsetzung begleitet und unterstützt. Die Vorteile einer zentralen kommunalen Stelle für Integration greifen in Duisburg also bereits.

In den Integrationskonferenzen 2005 und 2006 erarbeiteten die gesellschaftspolitischen Akteure unserer Stadt zahlreiche Handlungsempfehlungen, die als Abschlussbericht der Öffentlichkeit vorgestellt und der Stadt Duisburg zur Umsetzung an die Hand gegeben wurden. Schon hier wurde der Querschnittscharakter der Integrationsarbeit deutlich.

Im März 2007 wurden dann auf Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE die Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Duisburg vom Rat verabschiedet. Ebenfalls im Jahr 2007 wurde die



www.fotostudio.com

städtische Integrationsarbeit durch die Bildung des Referates für Integration neu ausgerichtet.

DIE LINKE Duisburg und ihre Ratsfraktion sehen die gesellschaftliche Teilhabe und Integrationsarbeit als Schwerpunkt ihrer Aktivitäten. Auf der kommunalen Ebene konzentrieren sich alle Probleme, die mit Migration und Integration verbunden sind. Ohne eine klare, offensive Orientierung und interkulturelle Öffnung

können wir keine wesentlichen Fortschritte erzielen. Entscheidend ist dabei, Erkenntnisse und Ressourcen zentral so zu steuern, dass sie an der wichtigsten Stelle ankommen: vor Ort in den Stadtteilen, denn Integration findet im konkreten Zusammenleben statt. Hier hat Duisburg schon jetzt vorbildliche Strukturen geschaffen, die durch die Einbindung der neuen Landesförderung verstärkt und verbessert werden können.

Europäische BI für Tempo 30

■ Tempo 30 innerhalb von Städten und Gemeinden verbessert die Bedingungen für Radfahrer und Fußgänger, macht den Verkehr flüssiger und vermindert Lärm. Dennoch gilt in Europa meist die standardmäßige Höchstgeschwindigkeit von Tempo 50. Eine europäische Bürgerinitiative will das jetzt ändern. Im November 2012 hat die EU-Kommission das europäische Bürgerbegehren »30km/h – macht die Straßen lebenswert!« zur Unterschriftensammlung zugelassen. Innerhalb eines Jahres müssen nun insgesamt mindestens eine Million Unterschriften aus mindestens sieben Ländern gesammelt werden, damit die EU-Kommission sich mit dem Thema Tempo 30 in Städten befassen muss. Wer die Bürgerinitiative unterstützen will, kann Unterschriftenlisten ausdrucken oder per Online-Formular www.30kmh.eu im Internet teilnehmen.

Matenatunnel

■ Seit Januar ist der Matenatunnel unter dem Werks Gelände von ThyssenKrupp Steel (TKS) in Bruckhausen wegen Wartungsarbeiten gesperrt. Die über 100 Jahre alte Unterführung wäre nur mit Millionenaufwand zu sanieren. Dabei müsste nicht nur die bauliche Substanz saniert werden, neue Brandschutzvorschriften schreiben zwingend Fluchtwege vor. Da die Straße heute nahezu keine verkehrliche Bedeutung mehr hat, ist es TKS nicht zu vermitteln, den Tunnel aufwändig zu sanieren. Auch auf die Stadt kämen Kosten zu, denn die Straße im und vor dem Tunnel ist ebenfalls erneuerungsbedürftig.

Auch wenn die Sperrung offiziell nur befristet ist, wird nach Einschätzung der LINKEN diese Wegeverbindung von Bruckhausen zum Rhein nicht mehr geöffnet werden. Das Baudenkmal wird wohl zugeschüttet erhalten werden. DIE LINKE fordert von TKS im Gegenzug aber den Ausbau von Wegealternativen für Radfahrer und Fußgänger aus Hamborn und Meiderich zum Rhein. Die Alsumer Straße muss deutlich attraktiver gestaltet werden. Zusätzlich soll ein neuer Rad- und Fußweg von Beeck entlang der Alten Emscher zum Rheindeich entstehen. Dazu müssen allerdings neben den Kosten auch noch Grundstücksfragen mit TKS und der Emscher-Genossenschaft geklärt werden.

Für eine grüne Lebendigkeit in Städten

■ Im verschneiten Berlin diskutierten Mitte März etwa 350 Teilnehmer des 19. Bundesweiten Umwelt- und Verkehrskongresses über die »grüne Stadt der Zukunft«. Mit dabei der verkehrs- und planungspolitische Sprecher der Duisburger Linksfraktion, Herbert Fürmann.

Die vom Arbeitskreis Verkehr und Umwelt UMKEHR e.V. und dem Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e.V. organisierte und von der TU Berlin und zahlreichen Verbänden mitgetragene Fachtagung wurde von Umweltbundesamt und -ministerium gefördert. Die Teilnehmer aus Deutschland, Österreich und der Schweiz aus Initiativen, Verbänden, Wissenschaft, Planung und Politik verabschiedeten u. a. einen Berliner Appell zur Stadt- und Freiraumplanung »Städte in Zukunft: urban + mobil + grün!«.

Einige der zentralen Aspekte des Appells lauten: Urbanität und



»durchgrünte Städte« sind wesentliche Voraussetzungen für einen gesundheitserhaltenden Lebensraum. Bereits das Bewusstsein, in einer grünen Umgebung zu wohnen, hat nachgewiesenermaßen einen positiven Einfluss auf die Gesundheit und Zufriedenheit der Menschen.

Grüne Freiräume sollen mit einem 15-minütigen Fußweg von allen Wohnungen der Stadt erreichbar sein. Sie sind gerade dort unabdingbar, wo Menschen wohnen, die unterdurchschnittlich das Auto nutzen, aber überdurch-

schnittlich unter dem Kraftfahrzeugverkehr leiden, zum Beispiel an Hauptverkehrsstraßen.

Besonders vorteilhaft für mobile Freizeitaktivitäten sind grüne Wegeverbindungen. Sie müssen allerdings auch über Kfz-Verkehrsflächen sicher geführt werden. Grünflächen und ein »humanisierter« ruhiger und rücksichtsvoller Straßenverkehr sind wichtige Standortfaktoren und Kriterien im Wettbewerb der Städte, der sich im Rahmen von Globalisierung und abnehmenden Bevölkerungszahlen in Deutschland noch weiter verstärken wird. Entsprechend engagierte Städte können Einwohner zum Bleiben bewegen und gleichzeitig neue anwerben. Die Städte sollten ihre diesbezüglichen Qualitäten verstärkt als ein Herausstellungsmerkmal in das Stadtmarketing aufnehmen.

www.buvko.de/downloads/berliner-appell.pdf

Sekundarschulen im Sommer 2014



von Barbara Laakmann
Ratsfrau DIE LINKE Duisburg

■ Im Sommer 2014 werden in Hamborn und im Duisburger Süden, konkret im Schulzentrum Am Ziegelkamp, Sekundarschulen eingerichtet. Im Augenblick laufen die Informationsveranstaltungen für die Eltern in den benachbarten Grundschulen, im Mai werden die Eltern befragt werden, deren Kinder jetzt aktuell in die 2. oder 3. Klasse einer solchen Grundschule gehen.

Sogenannte Initiativgruppen für alle geplanten Schulen arbeiten am Konzept der neuen Schule. In diesen Gruppen diskutieren erfahrene Lehrkräfte aus Hauptschulen und Realschulen darüber, welches spezielle Profil die neue Schule haben soll, welche der Erfahrungen aus den beiden genannten Schulen einfließen, welche Erfahrungen es aus den bereits in anderen Kommunen gegründeten Sekundarschulen gibt und wie sie bewertet werden können.

Es gibt auf Seiten der Lehrkräfte ein großes Interesse an dieser Vorbereitung, und das nicht nur, weil mehrere Hauptschulen jetzt auslaufen. Viele Lehrerinnen und Lehrer wollen sich aktiv an der Entwicklung einer neuen Schule beteiligen. Von Seiten verschiedener Eltern gibt es Proteste

gegen die im Rat beschlossene Planung. Dazu einige Aspekte:

- Kein Kind, das jetzt auf einer Realschule ist, muss diese verlassen. Alle Schülerinnen, alle Schüler der Realschule machen den Bildungsgang zu Ende und erlangen, wenn das Zeugnis entsprechend ist, den mittleren Bildungsabschluss.
- Dies gilt auch für die Kinder, die jetzt im Sommer 2013 in die 5. Klasse der Realschule gehen.
- Erst ab Sommer 2014 wird es überhaupt die Möglichkeit geben, in die 5. Klasse einer Sekundarschule zu gehen.
- Eltern, die ihr Kind unbedingt an eine Realschule schicken wollen, werden dies auch weiterhin tun können.

Bei Sitzungen des Schulausschusses und der Bezirksvertretung Walsum machte das böse Wort von der »Restschule« die Runde, die man nicht wollte. Auch dazu einige Überlegungen:

- Eltern wollen das Beste für ihr Kind, das ist normal und verständlich.
- Eltern fürchten, dass die Bildungschancen ihrer Kinder leiden, wenn diese mit Kindern aus »bildungsfernen« Schichten zusammen in die Schule gehen.
- Elternhäuser sind unterschiedlich, in ihrer finanziellen Ausstattung,



flickr/andancer

- aber auch in ihren Erziehungszielen und ihrem Umgang mit Kindern.
- Die einen haben ein Bücherregal, die anderen haben sogar ein Klavier, viele haben aber von beidem nichts.

Bis vor ein paar Jahren war die Einteilung klar: auf die Hauptschule gingen die Kinder aus den »bildungsfernen« Schichten, und wer nicht ordentlich lernte oder allzu frech war, der musste irgendwann zwischen der 5. und der 10. Klasse eben auch zur Hauptschule. Abschulung wurde das genannt. Die Hauptschule war faktisch die »Restschule«.

Jetzt gibt es fast keine Hauptschulen mehr, gerade mal 4 Schulen werden im Sommer 2013 noch eine 5.

Klasse einrichten. Abschulung wird immer seltener. Wenn jetzt »unter« der Realschule keine Hauptschule mehr ist, ist die Realschule auch nicht in der »Mitte« der Schulformen. Ist sie jetzt »unten«? Die Einrichtung von Sekundarschule bietet für alle Kinder große Chancen:

- kein großes System mit 1.000 Schülerinnen und Schülern – dies ist für alle Beteiligten gut.
- Ganztagschule – auch das ist gut.
- Erarbeitung eines eigenen Profils – viel Arbeit und Chance für alle.
- Berücksichtigung der Erfahrungen mit schwierigen Schülerinnen und Schülern und gleichzeitig Option für leistungsstarke Kinder – dies ist ein besonders wichtiger Pluspunkt.

Auch Straßen können voller Leben sein



von Herbert Fürmann
Für DIE LINKE Mitglied im Ausschuss für Stadtplanung und Verkehr

■ Straßen die zum Verweilen einladen, Kreuzungen, die einem Marktplatz ähneln. Viele Straßen könnten lebendiger sein, wenn sie weniger stark vom Autoverkehr dominiert wären. Ein gleichberechtigtes Miteinander aller im Verkehr, ein stadtverträgliches Tempo und individuelle Gestaltung – das ist die Idee, die sich hinter dem Begriff »Shared Space« verbirgt.

Auf Verkehrsschilder und Ampeln wird dabei weitestgehend verzichtet. Duisburg ist Vorreiter dabei, bundesweit bekannt ist der Opernplatz. Noch nie wurde eine ehemals so stark befahrene Straße in Deutschland zum verkehrsberuhigten Bereich. Und der Erfolg gibt den Planern im Nachhinein Recht. Inzwischen sind weitere fünf Straßen und Plätze umgestaltet worden, die bis auf das Beispiel Hochemmerich alle funktionieren. Dennoch hat die (grüne) Bezirksregierung erlassen, diese »Shared Space«



flickr/Thomas Sieben

Bereiche wieder aufzuheben, während andererseits Verkehrsplaner aus ganz Deutschland zum Opernplatz pilgern. Um dieses urbane und menschengerechte Konzept bekannter zu machen, hat sich sogar ein bundesweites Netzwerk gegründet.

Neben Verkehrsverbänden wie VCD, ADFC und FUSS e.V. gehören ihm die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL an. Auf dem Portal www.netzwerk-sharedspace.de werden Interessierten Einsatzbereiche aufgezeigt, es gibt Hinweise zur rechtlichen Situation und der Umsetzung von Modellprojekten sowie die Vorstellung aktueller Projekte.

Die Stadt hat zwei neue Dezernenten

■ Gleich zu Beginn der Ratssitzung am 18. März stand die Wahl von 2 Dezernenten an. Thomas Krützberg, Leiter des Jugendamtes, Bewerber für das Dezernat für Familie, Bildung und Kultur wurde in offener Abstimmung mit breiter Mehrheit gewählt. Lediglich die CDU-Fraktion plus Rh Happel stimmte gegen ihn. Spannender war dagegen der Wahlgang auf die Position des Umweltdezernats. Die DWG beantragte geheime Abstimmung. Zur Wahl standen der Fraktionsgeschäftsführer der Grünen, Ralf Krumpholz sowie Eva Selic, Fraktionsgeschäftsführerin der DWG. Die CDU erklärte, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Während Frau Selic einen Achtungserfolg von 7 Ja-Stimmen erhielt, wurde Ralf Krumpholz mit 35 Ja-Stimmen gewählt. Es gab 1 Enthaltung und 4 Nein-Stimmen. Er hat also nicht alle MandatsträgerInnen der rot-rot-grünen Kooperation überzeugen können. Die Ratsfraktion DIE LINKE erwartet von den Neugewählten:

Familie, Bildung, Kultur

Zum Bereich Jugend bringt Thomas Krützberg reichlich Erfahrung ein.

Zum Bereich Schule wünschen wir einen Dezernenten, der die Weiterentwicklung des Schulsystems mit Herzblut betreibt, der sich den Diskussionen stellt und keine »heiligen Kühe« kennt. Zur Frage der Inklusion wird Mut und Entschlossenheit notwendig sein.

Im Kulturbereich wird es aus unserer Sicht ganz besonders darauf ankommen, das bürgerschaftliche Engagement einzubinden und die vielen unterschiedlichen Personen in Dialog zu bringen.

Dezernat Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Wir erwarten: z.B. Kündigung des Pachtvertrages mit der Atomfirma GNS. Verhinderung der Inbetriebnahme der CO-Pipeline im Duisburger Süden. Er sollte auch das Vorhaben der RAG, eine Deponie auf der Lohmannsheide zu errichten, auf Herz und Nieren überprüfen und nicht leichthin Zustimmung signalisieren. Längst überfällige Sicherheitsmaßnahmen bei der Fa. Grillo müssen durchgesetzt und der städt. Klimaschutz vorangetrieben werden.